

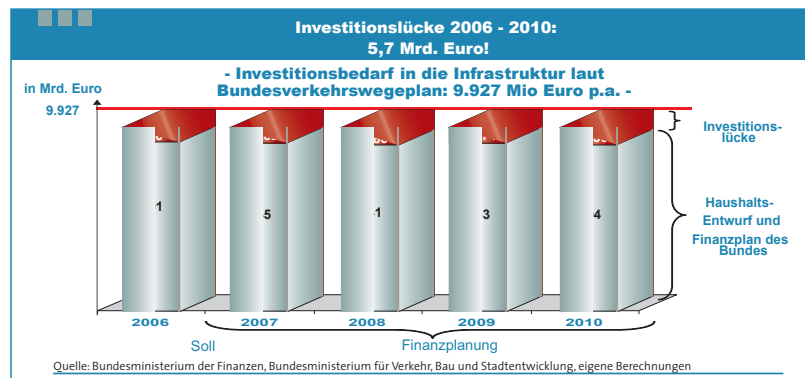
Thema des Monats

Investitionen in die Verkehrswegeinfrastruktur weiterhin rückläufig

(brb.) Obwohl die Belastung der Straßen in Deutschland kontinuierlich gestiegen ist, sind die Investitionen in die Straßen rückläufig. Der Staat hat im letzten Jahr 9,5 Milliarden Euro für den Straßenbau ausgegeben, 19 Prozent weniger als noch 1992.

Der Bund hat den Gemeinden den Rang als wichtigster Auftraggeber im Straßenbau abgelaufen. Mittlerweile entfällt auf den Bund fast die Hälfte der Ausgaben Straßenbau. Demgegenüber entfallen auf die Gemeinden nur noch 41 Prozent, zehn Prozentpunkte weniger als noch Anfang der 90er Jahre. Am wenigsten investieren die Länder: ein Zehntel der Straßenbauausgaben geht auf das Konto der Länderhaushalte.

haben im Zeitraum 2001 bis 2005 aber nur im Durchschnitt 4,6 Milliarden Euro pro Jahr in ihre Straßen investiert. Die Investitionslücke beträgt für diesen Zeitraum somit 8,8 Milliarden Euro. Die im Jahre 2000 von der Bundesregierung eingesetzte Pällmann-Kommission hat den Investitionsbedarf an Bundesmitteln in die Bundesverkehrswege (Straße/Schiene/Wasserstraße) mit jährlich 11,5 Milliarden Euro beziffert. Der 2003 verabschiedete



Die Länder haben mit 959 Millionen Euro im Jahre 2005 27 Prozent weniger in Straßen investiert als noch vor 13 Jahren. Die Gemeinden haben im vergangenen Jahr 3,9 Milliarden Euro für den Bau von Straßen ausgegeben, um ein Drittel weniger als noch 1992. Bis auf die Jahre 1999 und 2000 waren die Ausgaben der Gemeinden für den Straßenbau kontinuierlich rückläufig. Für die Straßeninfrastruktur haben die Gemeinden 1992 je Einwohner 80.000 Euro investiert, im letzten Jahr waren es nur noch 50.000 Euro. Im Gegensatz zu den Ländern und den Gemeinden hat der Bund 2005 mit 4,7 Milliarden Euro nominal sechs Prozent mehr in die Straße investiert als 1992.

Der kommunale Investitionsbedarf für den Straßenbau wird vom Deutschen Institut für Urbanistik auf jährlich 6,4 Milliarden Euro geschätzt. Die Kommunen

Bundesverkehrswegeplan sieht demgegenüber für den Zeitraum 2001 bis 2015 jährliche Investitionen des Bundes von 9,9 Milliarden Euro vor. Davon wird allein für den Bereich der Bundesfernstraßen der Baubedarf auf 5,2 Milliarden Euro beziffert.

In den letzten fünf Jahren hat der Bund im Durchschnitt pro Jahr 9,3 Milliarden Euro in die Bundesverkehrswege investiert. Die Investitionslücke beträgt für den Zeitraum 2001 bis 2005 etwa 3,1 Milliarden Euro. Für das laufende Jahr sind im Bundeshaushalt nur neun Milliarden Euro vorgesehen. In den Jahren 2007 bis 2010 plant der Bund laut Mittelfristiger Finanzplanung etwa 8,7 Milliarden Euro in die Bundesverkehrswege zu investieren. Damit wird sich die Investitionslücke bis 2010 um weitere 5,7 Milliarden Euro erhöhen.

Überblick

- Thema des Monats:**
Investitionen in die Verkehrswegeinfrastruktur weiterhin rückläufig
Der Staat hat im letzten Jahr 9,5 Millionen Euro für den Straßenbau ausgegeben, 19 Prozent weniger als noch vor gut 10 Jahren, obwohl die Belastung der Straßen in Deutschland kontinuierlich gestiegen ist.
- Kommentar:**
PPP-Vorteile nutzen
In Deutschland war bis vor gar nicht langer Zeit PPP ein unbekannter Begriff. Dies hat sich grundlegend geändert. Umso wichtiger ist, dass die Möglichkeiten der Public Private Partnership nachhaltig genutzt werden.
Haushaltsplanentwurf 2007 und mittelfristige Finanzplanung 2006 – 2010
Kurz notiert
Bauausgaben der Gebietskörperschaften im 1. Halbjahr 2006.
- Interview:**
Überwiegend schwarze Zahlen – dauerhafte Stabilisierung der Bauwirtschaft aber zweifelhaft
Dr. Wolfgang Bayer und Prof. Michael Sommer, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen zur Konjunkturlage im Herbst 2006
Forum Nord:
Hochschultag der Bauindustrie in Mellendorf mit hochkarätiger Besetzung
Land fördert Mietwohnungsbau.
- Trends und Märkte:**
PPP: Rechnungshöfe stellen klar
Straßenbauindustrie erwartet
Forschungsimpulse
Weiterhin starke Nachfrage nach Wohneigentum
Gebrauchtimmoblien dominieren den Markt

Impressum



Kommentar und Konjunktur

Haushaltsplanentwurf 2007 und mittelfristige Finanzplanung 2006 - 2010

(brb).- Die niedersächsische Landesregierung setzt ihren Konsolidierungskurs fort und senkt die Nettoneuverschuldung auch im nächsten Jahr um 350 Mio. Euro. Die eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen wirken fort. Im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung wird die Kommunalisierung von Straßenmeistereien des Landes angestrebt, die von den Landkreisen übernommen werden sollen.

Die Investitionsquote steigt im nächsten Jahr auf 10 Prozent. Der Hochschulbau steigt 2007 auf 132,2 Mio. gegenüber 110,4 Mio. 2006. In den Folgejahren ist eine Steigerung auf über 140 Mio. Euro vorgesehen. Für den Tiefwasserhafen Wilhelmshaven werden in den Jahren 2007 – 2010 Ausgaben für die Basisinfrastruktur sowie Baukostenzuschüsse von 2007 – 2010 in Höhe von 25,6, 148,9/63,3/8,3 Mio. Euro ausgewiesen. Für das Investitionsbudget des Landesstraßenbauplanfonds werden 2007 – 2010 lediglich 30,8 Mio. Euro ausgewiesen, ein Betrag, der für die sachgemäße Unterhaltung des Landesstraßennetzes nicht ausreichend ist.

Erfreulich ist, dass das Land erstmals für den Baubeginn neuer Hochbaumaßnahmen des Landes eine Liste aufstellt. Diese Liste ist nach Ressorts und nicht nach Dringlichkeit geordnet.

Insgesamt weist der Etat-Entwurf für 2007 mit 119,9 Mio. Euro einen Rückgang bei Bauausgaben von 29,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr aus. Im Bereich des Städtebaus und des Wohnungswesens gibt das Land im nächsten Jahr 66 Mio. Euro mehr als das Doppelte als in diesem Jahr an Fördermitteln an Investoren weiter.

PPP-Vorteile nutzen

(brb).- Klein, aber oho. Die vielfältigen Möglichkeiten von so genannten kleinen PPP-Vorhaben hat der Kongress Public Infrastructure in Hannover aufgezeigt. Jetzt ist es klar: Von diesen Public-Private Projekten haben beide Partner ihren Nutzen, die Öffentliche Hand ebenso wie die mittelständische Bauwirtschaft. Sie sollten, nein, sie dürfen sich diesen Vorteil nicht entgehen lassen. Aber sie müssen zuvor ihre Hausaufgaben erledigen und noch manches zu tun, um die hier wie da reichlich vorhandenen Hemmnisse aus dem Weg zu schaffen.

In Deutschland war bis vor gar nicht langer Zeit PPP ein unbekannter Begriff. Das hat sich nicht zuletzt deshalb geändert, weil Staat und Kommunen wegen ihrer Haushaltsnöte nach neuen intelligenten Finanzierungsmodellen für unaufschiebbare Investitionen suchen mussten. Trotz der Vorbehalte der weithin noch wie zu Olympos Zeiten kameralistischen Denkweisen verhafteten öffentlichen Auftraggeber sind seither in sinnvoller öffentlich-privater Partnerschaft 31 Hochbauprojekte mit einem Volumen von 800 Millionen umgesetzt worden.

Weitere 116 PPP-Vorhaben mit einem voraussichtlichen Investitionsrahmen von insgesamt 3,5 Milliarden Euro werden mittlerweile vorbereitet. Und die Bundesregierung erwartet inzwischen, dass in absehbarer Zeit fünfzehn Prozent der öffentlichen Investitionen auf diesem Weg realisiert werden. Nichts wirkt schließlich wirksamer für die Mobilisierung privaten Kapitals zur Verwirklichung öffentlicher Investitionen als die nachweislich guten Erfahrungen mit PPP, die sich in Rathäusern und Bauministerien mehr und mehr herumsprechen.

Gerade die kleinen PPP-Vorhaben mit Investitionsvolumen von weniger als zehn Millionen Euro scheinen wie geschaffen für die mittelständische Bauwirtschaft hierzulande. Allerdings sind noch einige Voraussetzungen zu erfüllen, damit solche Partnerschaften gelingen. Sie können ohne Zweifel zu Erfolgsmodellen werden, sofern die öffentlichen Auftraggeber nicht länger mit spitzem Finger und mit unnötigen Anforderungen an die für sie gewöhnungsbedürftige Sache herangehen. Und wenn sich die mittelständischen Bauunternehmen, je eher desto besser, das unumgängliche „Gewusstwie“ verschaffen, um sich für die neuen PPP-Gegebenheiten fit zu machen.

Kurz notiert

(brb).-Im Juli 2006 stieg die Zahl der genehmigten Wohnungen in den alten Bundesländern im Vorjahresvergleich um 8,4 Prozent. Die Baugenehmigungen für Wirtschaftsgebäude (in cbm) stiegen um 56,2 Prozent an. Dagegen sanken die für öffentliche Gebäude (in cbm) um 24,2 Prozent.

In den neuen Bundesländern stieg die Zahl der genehmigten Wohnungen im Juli 2006 im Vergleich zum Vorjahr um 12,0 Prozent. Die Baugenehmigungen für Wirtschaftsgebäude (in cbm) erhöhten sich um 78,0 Prozent und die für öffentliche Gebäude (in cbm) sanken um 18,9 Prozent.

Bauausgaben der Gebietskörperschaften im 1. Halbjahr 2006

(brb).-Bund, Länder und Gemeinden gaben im 1. Halbjahr 2006 8.235 Mio. Euro für Baumaßnahmen aus. Das sind 1,7 Prozent weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Lediglich der Bund (11,3 Prozent) und die westdeutschen Bundesländer (6,0 Prozent) haben ihre Bauausgaben erhöht. Alle anderen Gebietskörperschaften haben ihre Ausgaben für Baumaßnahmen reduziert.



Forum Nord

Im Gespräch mit Dr. Wolfgang Bayer und Prof. Michael Sommer

Überwiegend schwarze Zahlen – dauerhafte Stabilisierung der Bauwirtschaft aber zweifelhaft

Dr. Wolfgang Bayer und Prof. Michael Sommer, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen, betrachten die baukonjunkturelle Entwicklung in Niedersachsen und Bremen mit kritischem Optimismus



Baurundblick: Wie beurteilen Sie die derzeitige baukonjunkturelle Situation?

Dr. Bayer: Im Verbandsgebiet Niedersachsen-Bremen haben wir nach vielen Jahren des Konjunkturrückgangs für das laufende Jahr die konkrete Aussicht auf eine bessere Entwicklung, wiewohl ein durchgreifender Aufschwung noch nicht festgestellt werden kann.

Baurundblick: Worauf stützt sich Ihre Hoffnung?

Prof. Sommer: Vor allem im Bereich der öffentlichen Infrastruktur warten nach wie vor große Aufgaben auf die Bauwirtschaft. Aber auch die gewerbliche Bau-

nachfrage muss anziehen, wenn Deutschland, und hier auch der Norden, seine Funktion als Logistikkreuzung wahrnehmen will.

Baurundblick: Wo sehen Sie insbesondere Investitionsbedarf?



Dr. Bayer: In Niedersachsen und Bremen ist es unerlässlich, eine gute Verkehrsinfrastruktur zu haben. Dies ist ein Standortvorteil Nr. 1. Hier darf nicht gekürzt werden, was z. B. leider bei den Regionalisierungsmitteln, die der Bund den Ländern für den schienengebundenen öffentlichen Personenverkehr zur Verfügung stellt, geschieht.

Baurundblick: Wie steht die Bauindustrie zur privaten Finanzierung öffentlicher Investitionen?

Prof. Sommer: Neue Betätigungsfelder für unsere Unternehmen ergeben sich z. B. im Rahmen von PPP-Projekten. Der PUBLIC INFRASTRUCTURE-Kongress im September 2006 in Hannover hat hierzu vielfältige Anstöße gegeben. Es wäre wünschenswert, wenn sich die Gemeinden, das Land und der Bund eindeutig zu Gunsten entsprechender PPP-Projekte erklären würden.

Hochschultag der Bauindustrie in Mellendorf mit hochkarätiger Besetzung

(brb).-Am 28.11.2006 wird Prof. Dr.-Ing. Erich Barke, Präsident der Gottfried - Wilhelm Leibniz Universität Hannover, zum Thema „Die Universität im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlicher Verpflichtung und öffentlicher Finanznot“ sprechen.

„Materialmodellierung: inelastisches Verhalten von Asphalt und jungem Beton“, behandelt Dekan Prof. Dr.-Ing. Dieter Dinkler, Institut für Statik der TU Braunschweig. Dipl.-Ing. Hans Joachim Rönnau, Pöyry Infra GmbH, Berlin, spricht zur „Finanzierung des ÖPNV in Niedersachsen und Bremen“.

Die Veranstaltung wird eröffnet von Bauass. Prof. Dr.-Ing. Rolf Warmbold, Präsident des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen, und dem Präsidenten der Ingenieurkammer Niedersachsen, Dipl.-Ing. Hans-Ullrich Kammeyer.

Land fördert Mietwohnungen

(brb).-Das Land fördert den Bau von Mietwohnungen für Menschen über 60 Jahren. Darauf weist die Landestreuhandstelle jetzt potenzielle Bauherren hin, die Wohnraum für diesen Personenkreis vorzugsweise mit Betreuungsangebot bauen wollen. Pro Wohnung werden Baudarlehen bis zu 30.000 Euro angeboten. Der altengerechte Um- oder Ausbau von vorhandenem Wohnraum wird mit maximal 40 Prozent der anfallenden Kosten gefördert. Diese Wohnungen dürfen nur an Senioren vermietet werden, deren Einkommen bestimmte Grenzen nicht überschreitet. Auch für die Nettomiete gelten Höchstbeträge, die aber regional unterschiedlich sind. Nähere Informationen gibt es unter www.lts-nds.de.



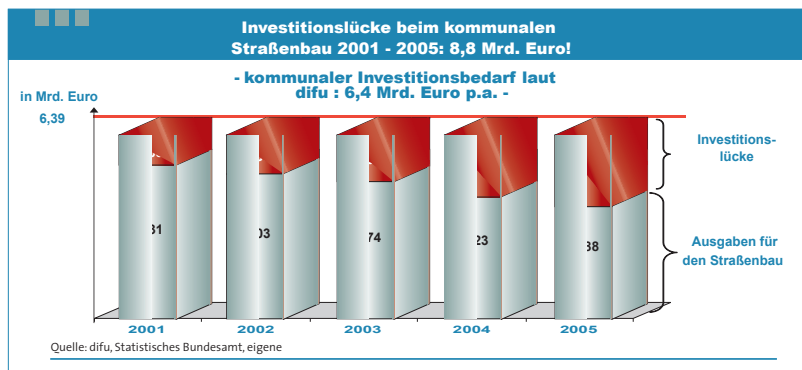
Trends und Märkte

PPP: Rechnungshöfe stellen klar

(brb).-Die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder sehen PPP-Projekte als eine wertneutrale Alternative zu öffentlichen Bauinvestitionen. Chancen und Risiken sollen realistisch bewertet werden. Sie warnen aber davor, die private Finanzierung als Ausweg aus Finanzierungsgpässen des Staates anzusehen. Auf diese Weise könnten nach ihrer Einschätzung nicht finanzierbare Investitionen nicht realisiert werden. Nach folgenden Grundsätzen soll die Realisierbarkeit eines PPP-Projektes beurteilt werden:

- Nur nachgewiesene Effizienzgewinne tragen wirklich zur Haushaltsentlastung bei, da PPP-Projekte künftige Haushalte in gleicher oder ähnlicher Weise wie konventionell realisierte Projekte belasten. Ein Vorhaben muss notwendig sein.
- Die Wirtschaftlichkeit des Projektes ist über den gesamten Lebenszyklus nachzuweisen. Eine angemessene und wirtschaftliche Risikoverteilung muss vorliegen.
- PPP-Projekte unterliegen dem Vergaberecht. Die Vertragsgestaltung verdient besondere Aufmerksamkeit. Die zukünftige finanzielle Belastung über die gesamte Vertragslaufzeit muss im Haushalt dargestellt werden.
- Bei kommunalen PPP-Projekten handelt es sich zumeist um kreditähnliche Rechtsgeschäfte, die der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht unterliegen.

Die Bauindustrie begrüßt die positive Haltung der Rechnungshöfe zu PPP-Projekten und sieht darin ein positives Signal für die weitere Entwicklung dieses Marktsegments in Deutschland.



Straßenbauindustrie erwartet Forschungsimpulse

(brb).-Damit die Verkehrsinfrastruktur auch künftigen Belastungen genügt und unsere Straßen leistungs- und zukunftsfähig ausgebaut werden, bedarf es nach Meinung der Deutschen Bauindustrie intensiver Forschung und Entwicklung. In diesem Zusammenhang wird die von Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee gestartete Innovationsoffensive Straßen-

bau, die neue Konzepte und Technologien in den Bereichen Bau und Erhaltung von Straßen fördern soll, begrüßt.

Das von der Bundesregierung ausgefahrene Ziel, den Anteil der Forschung in Deutschland auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, muss auch für den Straßenbau gelten. Die Straßenbauindustrie erwartet jetzt die Bereitstellung entsprechender Forschungsmittel durch den Bund, wie auch eine Beteiligung der Bundesländer.

Weiterhin starke Nachfrage nach Wohneigentum

Gebrauchtimmobiliien dominieren den Markt

(brb).-Trotz Streichung der Eigenheimzulage besteht weiterhin eine starke Nachfrage nach den eigenen vier Wänden: Die LBS Immobilien GmbH Berlin – Hannover (LBS-I) konnte in den ersten acht Monaten dieses Jahres insgesamt 496 Häuser, Wohnungen und Grundstücke im Wert von 79,2 Millionen Euro vermitteln. Damit steigerte sie ihren Umsatz gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 16,3 Prozent. Einen wesentlichen Anteil am Vermittlungsergebnis hatten Häuser und Wohnungen aus zweiter Hand.

„Viele Bauherren und Käufer nutzen die Gunst der Stunde und profitieren von den derzeit noch niedrigen Zinsen sowie stabilen Bau- und Immobilienpreisen. Dabei ist die eigene Altersvorsorge ein entscheidendes Motiv für den Umzug in die eigenen vier Wände“, erklärt ein LBS-Sprecher.

Bis Ende August 2006 vermarktete die LBS-I allein im Bereich Gebrauchtimmobiliien 225 Eigenheime im Wert von 31,3 Millionen Euro sowie 135 Eigentumswohnungen im Wert von 10,4 Millionen Euro. Damit stammen 95 Prozent ihrer vermittelten Standardobjekte aus zweiter Hand. Häuser und Wohnungen aus dem Bestand haben gegenüber Neubauten zu meist Lagevorteile und günstigere Preise. Viele Gebrauchtkäufer nutzen diese Ersparnis beim Kauf, um das neue Zuhause zu modernisieren und energie-technisch auf den neuesten Stand zu bringen“.

Impressum

Druckerei Gebrüder Höltje GmbH
Escherstraße 22, 30159 Hannover
Telefon (05 11) 70 08 60
Telefax (05 11) 7 00 86 86
ISDN (05 11) 7 00 86 71
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale
Konto 101020 964, BLZ 250 500 00

Sparkasse Hannover
Konto 547 646, BLZ 250 501 80
Verantwortlich: Dr. Hans-Peter Sattler

Nachdruck, auch auszugsweise gestattet. Quellenangabe und Belegexemplare erbeten.